

Auch auf dem Brüsseler Parkett können die Baden-Württemberger einfach alles

Minister Willi Stächele bricht bei der EU eine Lanze für den Südwesten / Neue Richtlinien beeinflussen Entwicklung des Landes

Von Ekkehard Winkler

Brüssel. Brüssel tickt anders als Berlin, anders als Stuttgart. Das sieht man schon am Verkehr. Die Straßen sind ständig verstopft, mühsam geht es von Ampel zu Ampel, aber niemand hupt, wird aggressiv oder macht die üblichen eindeutigen Zeichen. Man verständigt sich, wenn dies nötig wird.

Im europäischen Brüssel regiert das Informelle. Wichtiger als die Regularien sind die vielen Gespräche und das „Checken“ der Interessen und Positionen, bevor später – und dieses später kann dann auch sehr, sehr schnell sein – daraus eine EU-Richtlinie (Gesetz) gegossen wird, nachdem Kommission, Ministerrat und Parlament ihre Interessen ausbalanciert haben.

Einzelkämpfer unter Europa- Abgeordneten sind verloren

Und die Kommission – die neue nimmt jetzt am 1. Oktober offiziell ihre Arbeit auf – drücken seit Jahren gehörig aufs Tempo, was man in den Regionen und entfernten Winkeln der Europäischen Union nicht immer so wahrnimmt. Die EU-Erweiterung war eine Herkulesarbeit, den Kontinent weiter zu entwickeln, bleibt eine neue. Die Europäische Union vereint derzeit 25 Länder mit 455 Millionen Bürgern.

Da hat es auch der einzelne der 732 Europaabgeordneten (99 aus Deutschland) nicht leicht. Wer Einzelkämpfer bleibt, ist verloren.

Zwei Drittel sind neu gewählt. Neu sind auch für Südbaden der junge Andreas Schwab (CDU), der in Rottweil eine Anlaufstelle hat. Er praktiziert die europäische Idee auf

seine Art. Innerhalb der EVP-Fraktion gründet er mit 22 Mitstreitern die Abgeordnetengruppe „Young Members“. Diese Mitglieder kommen neben Deutschland aus Ungarn, Malta, Spanien und den baltischen Ländern. Ihr gemeinsames Thema ist die „Dienstleistungsrichtlinie“, die die Kommission in zwei Jahren fertig haben will.

Zentraler Punkt der EU-Richtlinie wird sein, dass ein nationales Ausbildungszertifikat auch von allen anderen EU-Mitgliedsstaaten anerkannt wird (Herkunftslandprinzip). Der Hintergedanke: Kann man durch diese Richtlinie den EU-Dienstleistungsmarkt von jährlich 70 Billionen Euro Umsatz nur um zwei bis vier Prozent steigern, bedeutet dies einen gehörigen Schub. Und die EU will ja die USA überholend oder zumindest für ein Gleichbedeutende. Die Landwirtschaft immer ein Kernthema mit allen unliebsamen Erscheinungen, die neuerdings durch rigide Kontrolleure, die alle Staaten bereisen, angeblich ruckzuck beseitigt werden.

Das Thema bekommt nun ab 2006 ein anderes Gewicht: Neben den Direktzahlungen soll die Agrar- mit der regionalen Strukturförderung kombiniert werden. Das neue Programm wird in der Kurzform ELER heißen: Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes. In Brüssel wieder ins Spiel. Um rechtzeitig von diesem Wandel profitieren zu können, muss auch früh genug mit den Füßen gescharrt, sprich: informiert werden.

Willi Stächele (CDU), hierzulande Minister für Ernährung und Ländlicher Raum, war jetzt zwei Tage in Brüssel:

„In Brüssel wird derzeit über die Zukunft der Förderung des Ländlichen Raumes nach 2006 entschieden. Es kommt zu einer Weichenstellung. Und da muss Baden-Württemberg seine Vorreiterrolle geltend machen und ausbauen.“

Spitzenvertretern europäischer Institutionen erläuterte er in der „Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union“ die dynamische „Ländliche Entwicklung in Baden-Württemberg“ mit ihren verschiedenen Programmen und fordert zugleich die Fortführung der „konsequent subsidiär aufgebauten Regional- und Strukturpolitik in der EU“.

Beim ländlichen Raum geht es nicht nur um Obst und Gemüse

Denn das neue Programm muss laut Stächele noch gehörig verbessert werden. Etwa bei der bürokratischen Begleitung, der finanziellen Ausstattung und der Zielgruppenausrichtung auf Kleinbetriebe. Trotz aller High-Tech-Firmen ist der ländliche Raum für Baden-Württemberg extrem wichtig: Er umfasst drei Viertel der Fläche, in der rund 35 Prozent der Baden-Württemberg leben. Die EU-Ausrichtung so bedeutend ist auch für das baden-württembergische Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR), ist Stächele ganz besonders kritisch. Denn es geht nicht nur um Obst und Gemüse, sondern etwa um Arbeitsbedingungen, Vermeidung von Abwanderung in Ballungsräume, um natürliche Ressourcen, um die Lebensqualität in Baden-Württemberg im Südbraunfeld etc. Das Land hat mit eigenen Programmen wertvolle Erfahrungen gesammelt, die auch in Brüssel gebraucht und geschätzt werden.

Bundespolitiker sehen diese Länder-Aktivitäten nicht nur wohlwollend. Jetzt hat sich Bundesjustizministerin Brigitte

Zypries (SPD) die Interessenpolitik der deutschen Länder bei der EU scharf kritisiert: „Wir geben ein desolates Bild ab, wenn bei jeder Entscheidung neben dem Bund 16 Länder ihre unterschiedlichen Meinungen äußern.“ Wenn jeder Ministerpräsident in Brüssel versuche, für sein Land das meiste herauszuholen, widerspreche dies dem Verfassungsrecht.

Viele Gelder fließen an Berlin vorbei direkt in die Regionen

Starker Tobak. Doch viele EU-Gelder fließen direkt an die Erzeuger – an Berlin vorbei. Zudem lassen EU-Richtlinien stets Raum für nationale regionale Varianten. Die deutschen Länder wissen, dass sie im informellen Brüssel dabei sein müssen. Alle 16 haben in der Europahauptstadt inzwischen Vertretungen – ohne irgendeinen Verfassungsstatus. Es sind weder Botschaften noch Konsulate, eben Vertretungen, die niemand vorgesehen hat, die sich aber etabliert und bewährt haben. Denn sie sind auch Informations-Tauschbörsen der Regionen, die sich mehr und mehr absprechen und gemeinsam agieren.

So bespricht Stächele mit anderen Regionenvertretern auch die neue Zuckermarktordnung, denn hierüber wird die EU mit der Welthandelsorganisation (WTO) ein Abkommen treffen, das dann auch finanzielle Auswirkungen im Südbraunfeld hat. Baden-Württemberg ist von Berlin aus gesehen ein Bundesland, von Brüssel aus gesehen, das seit den 90er Jahren den Ausschuss der Regionen mit 222 Vertreter kennt, aber eine Region im Zentrum der Europäischen Union, in der jedes zweite Gesetz schon auf EU-Recht beruht. Eine andere Geschichte ist die gestern eingeweihte protzige Brüsseler Vertretung der Bayern neben dem Parlament. Sie heißt heute schon „Schloss Neuwahnstein.“